

## Rente

**Versicherungspflicht für alle – Entlastung der GRV von versicherungsfremden Leistungen - produktivitätsangepaßte Löhne – Schaffung versicherungspflichtiger Vollzeitarbeitsplätze – Integration weiterer Bevölkerungsgruppen ins Erwerbsleben - keine Privatisierung der Altersvorsorge – keine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters**

Altersarmut ist eine Schande. In einer reichen Gesellschaft wie unserer dürfte es sie nicht geben. Zu niedrige Renten sind eine Folge schlechter Lohnpolitik. Daß die Einnahmen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht reichen, ist nur zum Teil dem demographischen Wandel geschuldet; der Ausbau des Niedriglohnssektors, der Wegfall von Vollzeitarbeitsplätzen und die zu wenig gestiegenen Löhne und Gehälter spielen eine ebenso große Rolle. Die Unsitte, die Rentenversicherung zunehmend durch versicherungsfremde Zusatzausgaben zu belasten, muß aufhören - Leistungen sozialpolitischer Art sind direkt aus dem Staatshaushalt zu bezahlen, nicht aus dem Rententopf. Weitere Lösungsvorschläge sind: Integration von Arbeitslosen ins Erwerbsleben, Einbeziehung der Strafgefangenen in die gesetzliche Rentenversicherung, Aktivierung der Stillen Reserve und Erhöhung der Frauenerwerbsquote, raschere und bessere Ausbildung und Qualifizierung von Migranten und ihre Integration ins Arbeitsleben, vor allem aber die Schaffung versicherungspflichtiger, vernünftig bezahlter Vollzeitarbeitsplätze.

Die Rentenversicherung hat ein Ungerechtigkeitsproblem, nicht nur bei der verpatzten Riesterrente. Nach Karl Lauterbach (!) verliere auch bei der GRV der Arme, dessen Einkommen 50 % unter dem Durchschnitt liege und der eine 10 Jahre niedrigere Lebenserwartung habe, im Vergleich mit den einbezahlten Beiträgen 30 000 Euro, während derjenige, der ein zweimal so hohes Einkommen wie der Durchschnitt erzielt, durch die Rente über 100 000 Euro hinzugewinne. Die Arbeiter würden demnach - seiner Meinung nach - die hohe Rendite der Angestellten zahlen und über ihre Steuern zudem noch die Beamtenpensionen abdecken. Hier muß ein Ausgleich erfolgen und alle, auch die Beamten müssen einzahlen.

**Einen Anstieg des Renteneintrittsalters, Rentenkürzungen sowie die gänzliche oder vermehrte Privatisierung der Altersvorsorge über Privatversicherungen und Aktienfonds**

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

1

Bürger für Freiheit und Rechtsstaat

Felicitas Englisch

2021

**lehne ich ab. Sie entlasten nur die Arbeitgeber durch niedrigere Lohnnebenkosten und subventionieren indirekt die Versicherungsbranche.**

Langfristig müßte der (zur Stunde Null unvermeidliche) Konstruktionsfehler, der dem Rentensystem seit Adenauers Zeiten anhaftete und seitdem fortgeschleppt wurde - weil sich jede gewählte Regierung davor drückte, das Problem in Angriff zu nehmen - grundlegend angegangen werden. Wir müssen langfristig dafür sorgen, daß jede Generation für ihr Alter selbst vorsorgt. Vielleicht wäre sogar jetzt, wo es kaum Hemmungen gibt, Geld zu drucken und man augenscheinlich auf Inflation als Lösung setzt, eine Gelegenheit, die klaffende Eine-Generationen-Lücke kreditfinanziert zu schließen. Auch eine Art einmaliger „Stabilitätsabgabe“/Vermögensabgabe im obersten Einkommensbereich, die später mit Steuererleichterungen teilweise zurückgezahlt werden könnte, wäre denkbar oder fair verzinste Staatsanleihen bei den Bürgern.

unabhängig

Vernunft

redlich

Verhältnismäßigkeit  
menschliches Maß

sachorientiert

2

**Bürger für Freiheit und Rechtsstaat  
Felicitas Englisch  
2021**